

Die Osterweiterung der NATO und die Neuordnung Europas

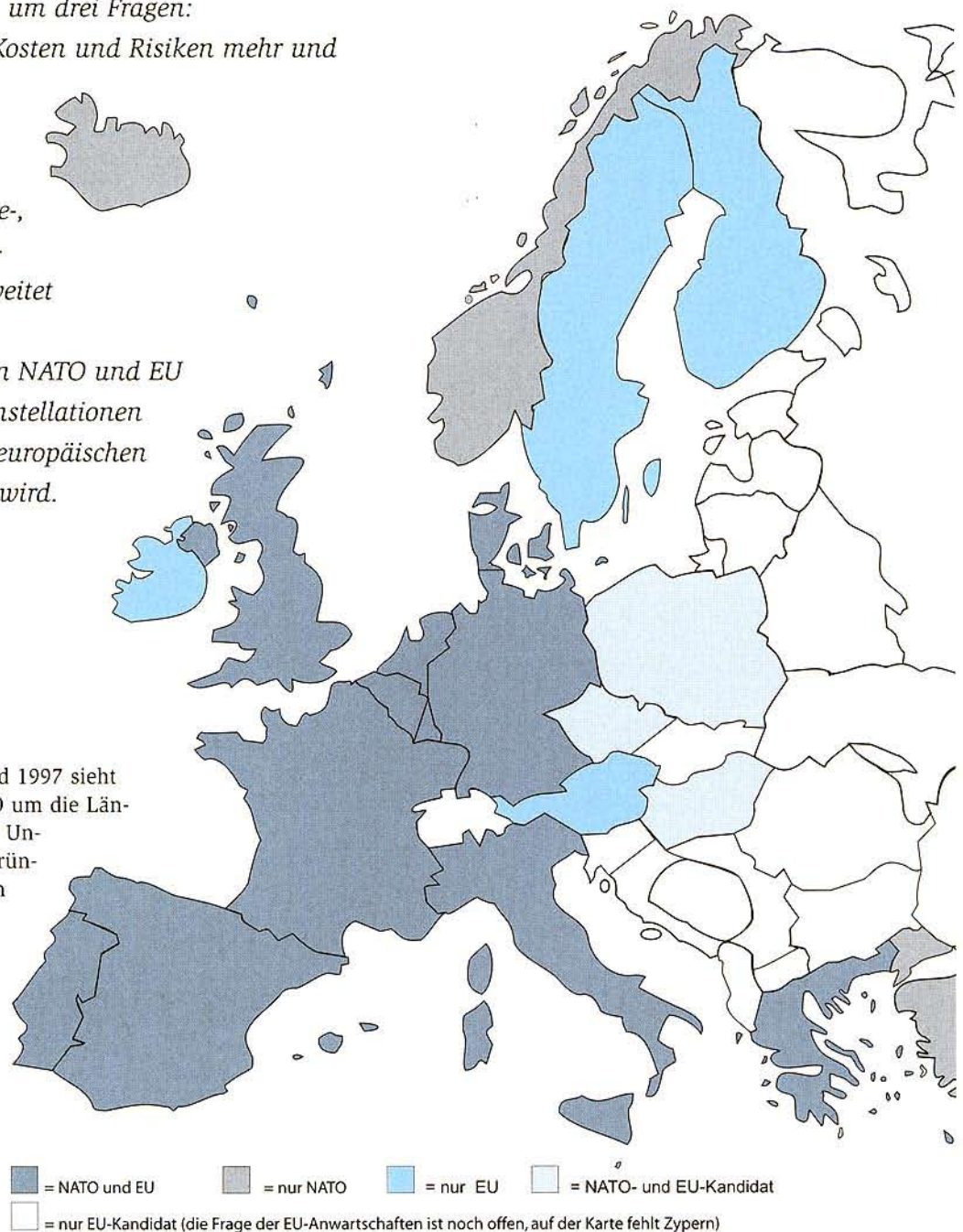
Eine politikwissenschaftliche Betrachtung

Die 1997 beschlossenen Osterweiterungen von NATO und EU sind nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland und für den europäischen Integrations- und Einigungsprozeß von Bedeutung, sondern stellen auch wesentliche Schritte bei der Neuordnung Europas nach Ende des Ost-West-Konfliktes dar. Dabei geht es um drei Fragen:

1. Wie man mit geringeren Kosten und Risiken mehr und wirksamere gesamteuropäische Sicherheit schafft,
2. wie man die in der alten EG/EU erreichten Demokratie-, Wohlstands- und Friedensgemeinschaft nach Osten ausweitet und
3. ob dies als Anpassung von NATO und EU an die neuen politischen Konstellationen oder als Strukturreform der europäischen Staatenordnung verstanden wird.

Der NATO-Gipfel von Madrid 1997 sieht die Erweiterung der NATO um die Länder Polen, Tschechien und Ungarn bis 1999 vor. Ihm ging die Gründung des Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rates (SGR) voraus; hinzu kommt die Charta über „ausgeprägte Kooperation“ zwischen NATO und der Ukraine. Diese Entwicklung geht auf die folgende Interessenlage zurück:

- das Interesse der Bundesrepublik Deutschland – dem „Architekten“ der Osterweiterungen – an der politisch-militärischen Stabilisierung in Osteu-



Reimund Seidelmann, Jahrgang 1944, ist seit 1996 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Außenpolitik. Promotion 1972, Habilitation 1977. Heisenberg-Stipendiat 1981-87. Gastprofessor an der Georgetown University/Washington, Chulalongkorn Universität/Bangkok und der Paul Valéry Universität/Montpellier. Seit 1992 Chaire Internationale für Politikwissenschaft am Institut d'Etudes Européennes der Université Libre de Bruxelles. Vor der Annahme des Rufes nach Gießen war Seidelmann von 1992-96 Professor für Internationale Politik an der Universität Jena, wo er am Wiederaufbau des Instituts für Politikwissenschaft beteiligt war. Leitung von Forschungsprojekten im Bereich Europäische Studien/Europäische Sicherheit (letzte Projekte s. Kasten) sowie von internationalen Kooperationsprojekten z.B. mit der Baptist University Hongkong (DAAD-Projekt) und eines deutsch-chinesischen Kooperationsprojektes.

ropa, am weiteren Ausbau der deutsch-russischen Zusammenarbeit und an der Stärkung ihres Einflusses in NATO und Osteuropa,

- das Interesse der drei osteuropäischen Kandidaten an militärischen Sicherheitsgarantien, an Hilfe bei der politisch-militärischen Modernisierung und an politischer Beteiligung an einer für sie wichtigen politisch-militärischen Allianz. Es ist kein Zufall, daß die osteuropäischen Länder der NATO-Mitgliedschaft gegenüber einer WEU-Mitgliedschaft den Vorrang gaben, obwohl gerade die WEU-Mitgliedschaft von Rußland eher toleriert worden wäre und einen wesentlichen Schritt in Richtung auf EU-Mitgliedschaft bedeutet hätte.
- das Interesse der USA, Einfluß und Akzeptanz der NATO – ihrem wichtigsten europapolitischen Instrument – in Europa wieder zu stärken, Rußland in die von den USA bestimmte Atlantische Allianz einzubinden und der amerikanischen

Rüstungsindustrie einen neuen Markt zu erschließen,

- das Interesse Rußlands, eine weitere politische und militärische Marginalisierung aufzuhalten, als europäische Macht akzeptiert zu werden und über den neu geschaffenen SGR Einfluß auf die militärischen Entwicklungen in Europa zu nehmen und
- das Interesse der NATO, in der Konkurrenz mit der EU/WEU um europäische Sicherheitsleistungen Handlungsfähigkeit und erfolgreiche Einbindung Rußlands zu dokumentieren.

Dabei hatte die Osterweiterung der NATO zwei wesentliche Voraussetzungen: zum einen die Auflösung des Konfliktes zwischen NATO und Rußland zur Osterweiterung durch Beschränkung auf drei Kandidaten und die Schaffung des SGR, zum anderen die gerade beim Amsterdamer EU-Gipfel dokumentierte Unfähigkeit der Europäer, die Maastrichter Zielvorstellung einer Vergemein-

schaffung der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik politisch voranzutreiben.

Strukturelle Bedingungen und Probleme

Eine strukturell orientierte Problemanalyse kann in einem ersten Schritt die politische Logik der NATO-Osterweiterung übernehmen und auf drei immanente Probleme hinweisen:

Erstens enthebt die auf 1999 terminierte Erweiterung die NATO nicht der Notwendigkeit, die nötigen inneren Umstrukturierungen einzuleiten. Hat sich die EU für die Reihenfolge „Mitgliedschaft erst nach Lösung der Anpassungsprobleme“ entschieden, hat die NATO für eine umgekehrte Reihenfolge optiert. Nun sind die Erweiterungsprobleme der NATO bei weitem geringer als die der EU – sie vergrößern aber den bereits bestehenden inneren Problemkatalog der NATO (Türkei, Frankreichs Reintegration, amerikanisch-europäische Rüstungskonkurrenz usw.) erheblich. Hinzu kommt, daß vergrößerte Mitgliedschaft auch schwierigere Konsensfindung zur Folge hat.

Zweitens hat die amerikanisch-europäische Kontroverse über die Höhe und die Verteilung der Erweiterungskosten den alten Konflikt über *burden sharing* und Truppenabzug wiederbelebt. Ursprüngliche amerikanische Schätzungen gingen von rund 100 Milliarden US-Dollar aus. Diese sollten nach Auffassung der USA vor allem von den Europäern aufgebracht und für die Modernisierung der polnischen, tschechischen und ungarischen Streitkräfte mit amerikanischem Material eingesetzt werden. Die NATO spricht heute von einem Kostenbedarf von rund einem Zehntel dieser Summe. Aufgrund der inneramerikanischen Kontroverse über *burden sharing* und Ratifizierung der Osterweiterung ist ein weiterer amerikanischer Truppenabzug aus Europa abzusehen. Trotzdem ist deutlich geworden, daß die USA nach wie vor auf ihrem traditionellen Führungsanspruch und unilateralistischen Neigungen beharren.

Drittens waren NATO und EU trotz der vielfachen Überschneidung der Mitgliedschaften und trotz der Dok-

Die hier vorgetragenen Gedanken sind im Rahmen des Forschungsprojektes „**Security Policy of East Central European Nations and the Development of a New European Security Architecture**“ entstanden. An dem Forschungsprojekt, das von der Volkswagen-Stiftung im Zeitraum 1995-97 gefördert wurde, arbeiteten drei hauptamtliche Forschungsmitarbeiter an Länderstudien (**Michal Dudziak**/Warschau-Gießen über Polen, **Ivo Samson**/Bratislava-Gießen über die Slowakische Republik und **Oleg Strekal**/Kiew-Gießen über die Ukraine) und zwei hauptamtliche Mitarbeiter über systematische Aspekte (**Dr. Martin Kahl** über die politische Transformationsproblematik in Osteuropa, **Dr. Philipp Borinski** über die machtpolitischen Veränderungen in Europa nach Ende des Ost-West-Konfliktes). Im Rahmen des Projektes entstanden bzw. laufen neben den Doktorarbeiten von Ivo Samson (1997 Promotion in Gießen) und Oleg Strekal (1997 Promotion in Gießen) weitere Dissertationsprojekte (**Dr. Claudia Urbanovsky**: 1995 Promotion in Jena über sowjetische Militärdoktrin, **Dr. Christoph Lotter**: 1995 Promotion in Jena über die Westeuropäische Union, **Dr. Jens Fischer**: 1997 Promotion in Gießen über russische Außenpolitik, Kirsten Westphal arbeitet über russische Energiepolitik). Am Projekt arbeiteten weiter z.B. mit: Prof. Dr. Dunay/Budapest-Genf, Prof. Dr. Multan/Warschau und Prof. Dr. Tsakaloyannis/Athen. Das Forschungsprojekt „Security Policy of East Central European Nations ...“ setze die mit dem ebenfalls von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekt „Security and Arms Control Policies in Western Europe“ (1990-93, sechs hauptamtliche Forschungsmitarbeiter/innen) begonnene Arbeit über europäische Sicherheit fort. Für 1998-2000 sind Forschungsprojekte zur Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der Ukraine, der Slowakischen Republik und Bulgariens vorgesehen.



16 Staats- und Regierungschefs der NATO nahmen im Juli 1997 am Treffen des Nordatlantikrats in Madrid teil. Am zweiten Tag des Gipfels unterzeichneten sie gemeinsam mit dem ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma die „Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der Nato und der Ukraine“. Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

trin der *interlocking institutions* nicht in der Lage, ihre Erweiterungspolitik strategisch wie taktisch zu harmonisieren, geschweige denn eine gemeinsame Erweiterungspolitik zu entwickeln. War noch Mitte 1997 zwar nicht der Zeitplan aber wenigstens der Katalog der Erweiterungskandidaten von NATO und EU deckungsgleich, so galt dies Ende 1997 nicht mehr. Der Beschluß der EU, im Zusammenhang mit der ersten Osterweiterungsrunde auch Verhandlungen mit Estland, Zypern und Slowenien aufzunehmen, kann nicht nur zu einer Verschärfung des Türkeiproblems und einer ernsthaften Belastung für den SGR, sondern auch zu dem Dilemma führen, daß ein politisch exponiertes EU-Mitglied wie Estland nicht diejenigen Sicherheitsgarantien wie zum Beispiel Portugal hätte.

Wenn man in einem zweiten Schritt die NATO aber als ein historisches Phänomen ansieht, das in der Periode des Ost-West-Konfliktes entstanden bzw. eine sicherheitspolitische Antwort auf die Bedingungen von Blockbildung und Blockkonfrontation darstellte, ergeben sich nach Auflösung der Blöcke, das heißt nach Wegfall von wesentlichen strukturellen Bedingungen für die Schaffung der NATO, zwei zusätzliche strukturelle Problemlagen.

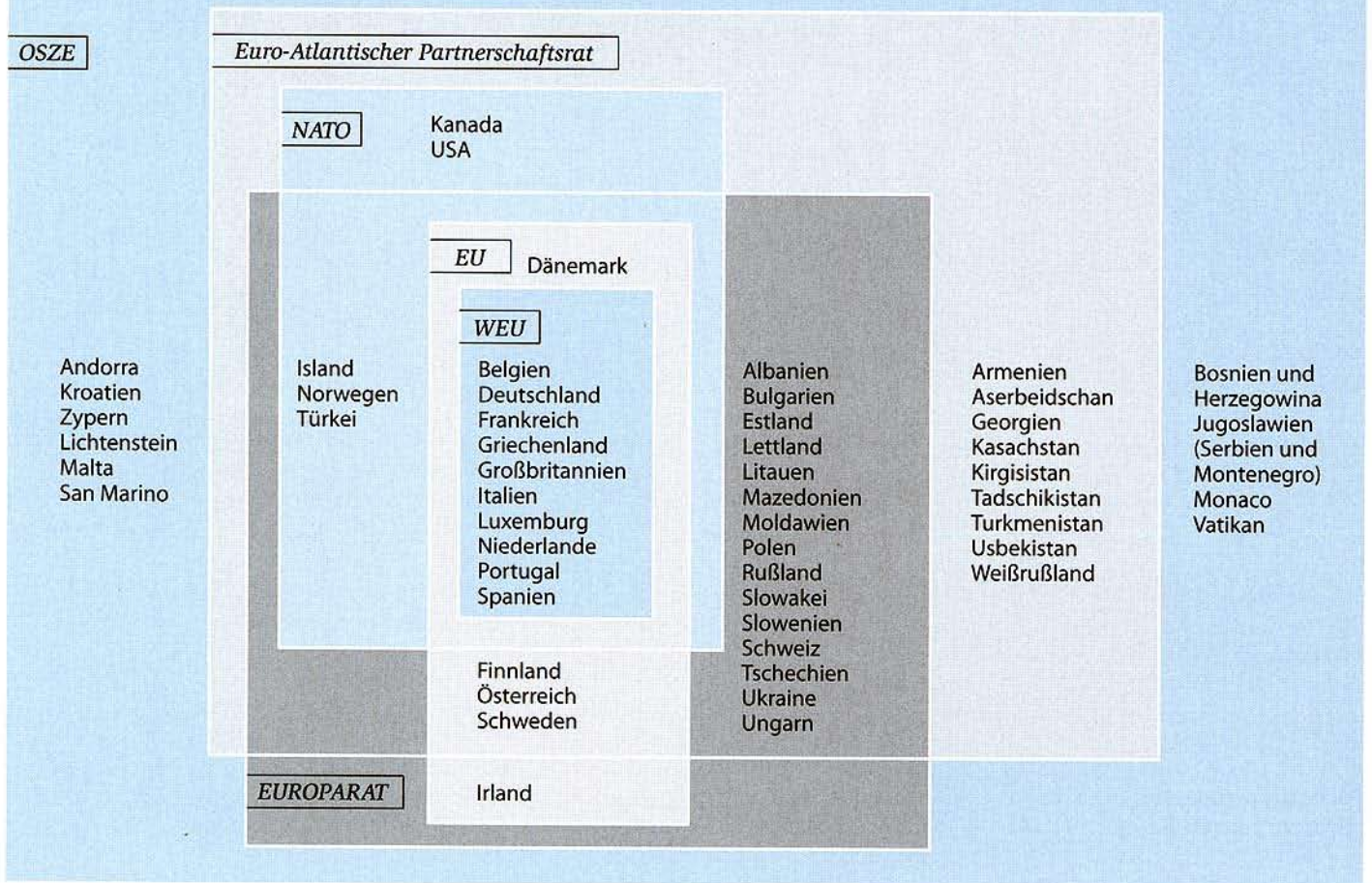
Erstens hat sich die sicherheitspolitische Bedrohung Europas qualitativ gewandelt: Rußland kann auf absehbare Zeit keine größeren konventionellen Operationen außerhalb seiner Landesgrenzen durchführen. Anstelle der militärischen Bedro-

hung durch die UdSSR – bzw. aus Sicht des Ostblocks durch die NATO – steht das europäische Sicherheitssystem vor dem Problem, die vor allem in Osteuropa vorhandenen ethnisch begründeten Konfliktpotentiale zu kontrollieren – und dabei z.B. weitere „Jugoslawisierungen“ zu verhindern – und insbesondere die osteuropäischen Länder politisch-ökonomisch so zu stabilisieren, daß eine Remilitarisierung ihres Außenverhaltens auch weiterhin ausgeschlossen werden kann. Vor wenigen Jahren mußte zum Beispiel noch ernsthaft mit einem Zerfall der Ukraine, der zu einem Bürgerkrieg plus einer russischen Intervention führte, gerechnet werden. Sicherheit wird damit aus einer zunächst militärischen zu einer immer stärker politischen Aufgabe. Sie muß für die Problemregionen bzw. Länder dafür sorgen, daß die bekannte Abfolge aus sozio-ökonomischer Krise, politischer Destabilisierung, militärischem *coup d'état* bzw. Machtergreifung einer nationalistisch-populistischen Bewegung und De-Zivilisierung von Gesellschaft und Außenpolitik nicht eintritt, angehalten oder rückgängig gemacht wird. Dazu ist ein Verbund aus militärischen – auch und gerade für *peace- und democracy-keeping* –, wirtschaftlichen und politischen Instrumenten notwendig. Die für regionale Sicherheit zuständigen Organisationen – NATO, EU/WEU und OSZE – verfügen jeweils aber nicht über diesen notwendigen Instrumentenverbund. Die OSZE verfügt über kein Machtinstrument zur Durchsetzung eines

Friedenswillens. Die NATO kann lediglich militärisch-politisch eingreifen. Angesichts der militärischen Schwäche von Eurokorps und WEU verfügt die EU de facto nur über wirtschaftliche und politische Mittel zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung nötiger Sicherheit. Hinzu kommt – und dies wurde gerade im Jugoslawienkonflikt deutlich –, daß der Konkurrenzkonflikt zwischen NATO, EU/WEU und OSZE durch unterschiedlich politische Entstehungsgeschichte, Zielvorstellung und innere Struktur der drei Organisationen noch verstärkt wird. So weist das gegenwärtige europäische Sicherheitssystem ein strukturelles Managementproblem auf, das auch von der NATO-Osterweiterung bzw. der Einbindung Rußlands in den SRG nicht gelöst werden kann.

Zweitens gehen die beiden wichtigsten regionalen Organisationen NATO und EU von unterschiedlichen politischen Modellen aus. Die heutige NATO beruht auf der Vorstellung, daß die USA nicht nur globale, sondern auch europäische Führungsmacht sind, daß europäische Sicherheitsinteressen gleichzeitig auch amerikanische sind und daß daher die USA auch die dazu erforderlichen militärischen Lasten zu erbringen haben. Mit dem Maastrichter Vertragswerk zielt dagegen die EU darauf ab, global ein gleichwertiger Partner der USA zu werden, innerhalb Europas die Verantwortung für Demokratie, wirtschaftlichen Wohlstand und Sicherheit zu übernehmen und mit Hilfe einer ei-

Die europäische Sicherheitsarchitektur



GASP
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

genen „sicherheitspolitischen Dimension“ – das heißt letztlich mit der GASP, der in die EU zu integrierenden erweiterten und vertieften WEU und Eurokorps und einem gemeinsamen Rüstungsmarkt – von den militärischen Garantien der USA unabhängig zu werden. Das Neben- und in der Regel Gegeneinander von NATO und EU/WEU ist dabei nicht nur ein Management-, sondern auch

ein Machtproblem: Es geht entweder um die Fortsetzung der Abhängigkeit von den USA bzw. um den Einfluß der NATO in Europa oder um die „Selbstbehauptung“ Europas bzw. die Machtposition der EU – notfalls auch gegen amerikanische Interessen.

Die Wertvorstellungen: Demokratie und Frieden

Wenn man Politik nicht nur als eine Frage von Interesse und Macht sondern auch als eine Frage von Werten und deren Umsetzung in einem „zivilisatorischen Prozeß“ auf faßt, führt die Debatte über eine neue Sicherheitsordnung zum Demokratie- und Friedensbegriff bzw. zur Frage, wie der europäische Demokratisierungs- und Verfriedlichungsprozeß, der gerade im Zusammenhang mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes wesentliche neue Impulse erhalten hat, fortgesetzt, er-

weitert und vertieft werden kann. Damit wird europäische Sicherheit von einem Management- und Machtproblem zu einem Ordnungsproblem.

Die Zielvorstellung, eine gesamt-europäischen Sicherheitsordnung in eine „ewige“ Friedensordnung zu transformieren, unterstellt dabei vorab, daß kriegerische Lösungen zwischen- und innerstaatlicher Konflikte nicht „natürlich“ oder Preis der Vergesellschaftung sind, sondern vielmehr ein Verhaltensmuster auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsebene oder in einer bestimmten Periode. Diese Auffassung kann nicht nur theoretisch abgeleitet, sondern auch mit dem Hinweis auf die innere Verfriedlichung Westeuropas nach 1945 empirisch begründet werden. Wenn Frieden also prinzipiell wünschbar und machbar ist, stellt sich im Zusammenhang mit der Osterweiterung

JUSTUS-LIEBIG-
UNIVERSITÄT
GIESSEN

Prof. Dr. Reimund Seidelmann

Institut für Politikwissenschaft
Karl-Glöckner-Str. 21 E
35394 Gießen
Telefon (0641) 99-23130 oder 23132
Fax (0641) 99-23059

bzw. der europäischen Neuordnung die Frage, wie eine gesamteuropäische Friedensordnung aussehen und verwirklicht werden soll.

Die Friedensforschung hat Frieden nicht nur als Abwesenheit von militärischer Gewalt bzw. ihrer Androhung bzw. als Forderung nach Rüstungskontrolle, Abrüstung usw. definiert, sondern auch durch Anwesenheit von Gerechtigkeit und ziviler Konfliktaustragung bestimmt. Dies heißt mit anderen Worten, solche Strukturen, Institutionen und Mechanismen einzuführen, die den Willen zur militärischen Gewaltanwendung von vorneherein ausschließen und gleichzeitig dauerhafte Konfliktlösungen schaffen. Bei der Konzeptionierung einer solchen Ordnung hilft aber nicht nur der Rückgriff auf die europäische Staats- und Friedensdiskussion in Philosophie, Theologie, Staats- und Sozialwissenschaft, sondern auch der Hinweis auf die realistische Denkschule in der politikwissenschaftlichen Theorie. Nach dieser besteht solange für die Staatenordnung ein „Sicherheitsdilemma“, d.h. ein Systemzwang zur Schaffung militärischer Potentiale wenigstens zur Verteidigung und damit die mögliche Bedrohung, als am Grundsatz der nationalstaatlichen Souveränität festgehalten wird. Dies bedeutet für Europa, daß letztlich nur die vollständige Vergemeinschaftung bzw. Integration *aller* militärischen Potentiale und der entsprechenden Politiken das Sicherheitsdilemma nach innen auflöst. Daß militärische Integration machbar ist und politisch sinnvoll sein kann, hat die Geschichte der NATO gezeigt. OSZE, NATO und gerade das EU-Gipfeltreffen von Amsterdam haben aber auch die Schwierigkeiten verdeutlicht, die entsprechenden politischen Strukturen zu integrieren bzw. sicherheitspolitisch handlungswillige, militärisch handlungsfähige und gegenüber dem Problem wirksame *governance* institutionell zu verankern, unter den Beteiligten zu legitimieren und im Sinne eines gemeinsamen Sicherheit- und Friedensinteresses handeln zu lassen. Insofern ist die Osterweiterung von NATO, EU und WEU hilfreich, weil sie erstens den osteuropäischen Gesellschaften die ersten Integrationser-

fahrungen vermitteln, zweitens auch Rußland an den militärischen Integrationsprozeß der NATO wenn auch nicht ein-, aber doch wenigstens anbindet und drittens jene Solidarleistungen für die Lösung der sozio-ökonomischen Probleme Osteuropas enthält, die im Sinne des Friedensgebotes wie auch des eigenen Sicherheitsinteresses unerlässlich sind. Im Sinne dieser Argumentation müßte Ostweiterung aber weitergehen; sie müßte auf der einen Seite alle Staaten der Region umfassen und auf der anderen Seite deren Militärpotentiale und Sicherheitspolitiken konsequent vergemeinschaften, das heißt, der nationalen Kontrolle entziehen.

Während Politik und Wissenschaft für die Frage nach einer europäischen Friedensordnung bereits eine Reihe von Ideal- und Realmodellen erarbeitet haben, so steht man bei der Diskussion, wie man eine derartige regionale Ordnung demokratisch gestalten und mit den Demokratisierungsprozessen auf nationaler Ebene verbinden kann, noch am Anfang. Die Erfahrungen mit der parlamentarischen „Kontrolle“ europäischer Organisationen – Europäisches Parlament, Parlamentarische Versammlung der WEU und der OSZE, Nordatlantische Versammlung – zeigen, daß es erstens nur eine geringe politische Bereitschaft gibt, den im Gange befindlichen bzw. angestrebten Souveränitätstransfer vom Nationalstaat hin zur EU oder NATO wirksam über Parlament, Parteien und kritische Öffentlichkeit zu kontrollieren. Zweitens kommt das Problem hinzu, daß nationale Modelle demokratischer Partizipation und Kontrolle nicht von vorneherein für multi-, supra- und internationale Organisationen geeignet sind. Dies ist nicht nur eine Frage von Akzeptanz, sondern auch eine Frage von Wirksamkeit. Aber selbst, wenn das Problem der demokratischen Kontrolle gelöst werden kann, bleibt die Frage, wie man demokratische Sicherheits- bzw. Friedenspolitik positiv normiert. Haben europäische Verfassungen und ihre Umsetzung die innerstaatliche Politik erfolgreich demokratisch legitimiert und die Entwicklung zur Zivilgesellschaft vorangetrieben, so sind sie bei der Fest-



legung von „demokratischer“ Außen-, Sicherheits- oder Friedenspolitik nur wenig vorangekommen. Angesichts der laufenden Prozesse entsteht aber eine zunehmende „demokratische Lücke“. Während auf der einen Seite nationale Kompetenzen und Machtpotentiale zunehmend auf die europäische Ebene verlagert und damit der direkten nationalen Kontrolle entzogen werden, steht die Konzeptionierung supranationaler Demokratie und insbesondere einer vergemeinschafteten Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur erst an den Anfängen, sondern wird in der Regel nur als ein sekundäres Problem angesehen.

Lösungsoptionen

Folgt man der hier vorgetragenen Argumentation, erfordert eine Lösung der gesamteuropäischen Sicherheits- und Friedensproblematik nicht nur eine Management- sondern auch eine Strukturreform, eine klare Verpflichtung der Europäer zur sicherheitspolitischen Selbstverantwortung – einschließlich der damit verbundenen Kosten und Risiken – und eine Verbindung der Sachproblematik mit den europäischen Wertetraditionen. Dabei muß zunächst an vier allgemeine Zusammenhän-

Bundeskanzler Helmut Kohl und der Präsident der russischen Föderation, Boris Jelzin, treffen zu einem informellen Gespräch „unter Freunden“ in Präsident Jelzins Jagdhaus bei Moskau zusammen. Im Mittelpunkt stand die NATO-Osterweiterung.

Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

ge erinnert werden:

Erstens sind sicherheitspolitische Interessen und friedenspolitische Werte nicht prinzipiell unvereinbar, sondern können sich in einer richtig angelegten Politik gegenseitig verstärken. Der Verbund aus Sicherheits- und Friedensordnung ist also nicht nur wünschbar und machbar, sondern auch sinnvoll.

Zweitens gehört es zu den theoretischen Einsichten wie auch den historischen Erfahrungen von Sicherheitspolitik, daß Sicherheitsordnungen nur dann erfolgreich sind, wenn sie über eindimensionale Strukturen und Entscheidungsprozesse, handlungswillige Institutionen und handlungswirksame Machtinstrumente verfügen. Danach ist die heutige gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur nicht optimal. Sie öffnet gerade jene Spielräume für Böswillige, die die jugoslawischen Kriegsparteien so erfolgreich für sich nutzen konnten und dies auch in Zukunft tun werden.

Drittens müssen die beträchtlichen Kosten und Risiken einer Strukturreform im Vergleich zu den zunächst geringeren einer Politik der pragmatischen Anpassung nicht kurzfristig – wie zum Beispiel in Regierungsperioden – sondern langfristig kalkuliert werden. Besitzen Strukturreformen aus kurzfristiger Sicht nur geringe politische Opportunitätsvorteile, so ändert sich dies

bei einem langfristigen Kosten-Nutzen-Kalkül, in dem die kumulierten Nachteile einer Politik des „weiterwie-gehabt“ wesentlich höher sind als die einer Strukturreform.

Viertens ist gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik der Spielraum für politischen Reformwillen weit höher als häufig angenommen; gerade die Auflösung des Ost-West-Konfliktes hat dies gezeigt. Hier sei exemplarisch an die beim amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Reykjavik gefundene Doppel-Null-Lösung erinnert. Daß die Bereitschaft zu strukturellen Änderungen und gerade zur Übernahme militärischer Lasten und Risiken in demokratischen Gesellschaften nicht überschätzt werden darf, ändert nichts an der Verantwortlichkeit von Politik, hier die nötigen Entscheidungen zu treffen. Dies gilt im Kleinen in Jugoslawien wie im Großen für eine Strukturreform des europäischen Sicherheitssystems. Deshalb ist das Argument, daß eine friedenspolitische Strukturreform nicht machbar oder innenpolitisch nicht durchsetzbar sei, in der Regel eher als ein Hinweis auf mangelnden Handlungswillen oder die Unfähigkeit, Probleme dauerhaft zu lösen, als eine von den strukturellen Bedingungen gesetzte Blockade anzusehen.

Geht man nun von den drei folgenden politischen Optionen zur Lösung der europäischen Sicherheits- und Friedensproblematik aus, dann verspricht die europäische Option langfristig auch für die USA die kostenwirksamste Lösung, erlaubt am leichtesten die Ausweitung der EU-europäischen demokratischen Wohlstands- und Friedensgemeinschaft nach Osten und setzt die in Maastricht entwickelte Vorstellung von einer politischen Union am besten um:

- die **status-quo-plus-Option** oder die Beibehaltung der gegenwärtigen Strukturen – NATO, EU/WEU und OSZE – plus deren Anpassung an die jeweiligen Veränderungen – also Erweiterung und Vertiefung der drei Organisationen und deren Harmonisierung im Sinne von *interlocking institutions*,

- die **atlantische Option** oder die vollständige Übertragung von Sicherheitsleistungen allein an die

NATO, das heißt, den Verzicht auf eine ernstzunehmende sicherheitspolitische Dimension der EU und die weitere sicherheitspolitische Abwertung der OSZE und

- die **europäische Option** oder die weitere „Europäisierung“ der europäischen Sicherheitsordnung durch eine Reform der NATO, in der zum Beispiel der europäischen Pfeiler mit der WEU fusioniert und in eine sich erweiternde, vertiefende und demokratisierte EU integriert wird, die dann willens und fähig ist, die sicherheitspolitische Verantwortung für Europa im Einvernehmen mit den USA und Rußland zu übernehmen,

Die europäische Option erfordert aber auch eine europapolitische Vision und friedenspolitische Anstrengung, wie sie gerade in der außenpolitischen Tradition Konrad Adenauers und Willy Brandts liegen. Ohne dies bleibt jede auch so erfolgreiche Osterweiterung der NATO wie der EU Stückwerk, unnötige und kontraproduktive Duplizierung und nicht wahrgenommene historische *windows of opportunities*. •

LITERATUR:

- Christoph Lotter/Susanne Peters (Eds.), *The Changing European Security Environment*, Weimar 1996
- Eric Remacle/Reimund Seidelmann (Eds.), *Pan-European Security Redefined*, Baden-Baden, im Druck für 1998
- Reimund Seidelmann (Ed.), *Crisis Policies in Eastern Europe*, Baden-Baden 1996
- Reimund Seidelmann (Guest-ed.), *Journal of European Integration* No 2-3/1997, Special Issue on Problems of Eastern Europe
- Reimund Seidelmann, *Zur Neuordnung der westeuropäischen Sicherheitspolitik*. In: *PVS-Sonderheft* 23/1992, S. 335-361
- Reimund Seidelmann, *Towards a common European security policy*. In: Christoph Bluth/Emil Kirchner/James Sperling (Eds.), *The Future of European Security*, Aldershot-Brookfield-Singapore-Sydney 1995, S.113-134
- Reimund Seidelmann, *The Reorganisation of the European State System*, in: Hans d'Orville (Ed.), *Beyond Freedom*, New York 1996, p.393-405
- Reimund Seidelmann, *Kants "Ewiger Friede"* und die Neuordnung des europäischen Sicherheitssystems, in: Klaus Dicke / Klaus-Michael Kodalle (Hrsg.), *Republik und Bürgerrecht, Kantische Anregungen zur Theorie politischer Ordnung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes*, Weimar/Köln/Wien 1998, S. 133-180
- Panos Tsakaloyannis, *The European Union as a Security Community*, Baden-Baden 1996

Fragen von Osterweiterung, europäische Sicherheit und Neuordnung werden im Sommersemester 1998 am Institut für Politikwissenschaft in folgenden Lehrveranstaltungen behandelt (Gäste sind ausdrücklich willkommen):

- Dr. Philipp Borinski, Proseminar „Die NATO im 50. Jahr“ (in Englisch)
- Dr. Jens Fischer, Proseminar „Die Osterweiterung der EU“
- Botschafter a.D. Horst Holthoff (ehemaliger Stellvertretender Generalsekretär der WEU), Proseminar „Die Europäische Union auf dem Wege zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“
- Dr. Susanne Peters, Seminar „Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland“
- Prof. Dr. Reimund Seidelmann, Vorlesung „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland“